

Verpflichtende Impfberatung in Schulen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 27.02.2019 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich für eine verpflichtende Impfberatung für Eltern bei der Einschreibung in Schulen und Kindergärten aus.

Begründung:

Impfungen sind ein Meilenstein der Medizingeschichte und eine der wichtigsten und wirkungsvollsten Präventionsmaßnahmen. Durch konsequentes Impfen konnten die Pocken weltweit ausgerottet werden. Durch die Einführung der Schluckimpfung in den 1960ern wurde der schweren Krankheit Kinderlähmung der Schrecken genommen. In Österreich erkrankten beispielsweise zwischen 1946 und 1961 an die 13.000 Kinder und 1.500 von ihnen starben. Seit 1961 verliefen nur mehr sechs Fälle tödlich, zuletzt 1973. Weltweit gab es 2015 nur mehr 74 Fälle von Kinderlähmung, die Weltgesundheitsbehörde WHO rechnet damit, dass man in den nächsten Jahren die Kinderlähmung als ausgerottet bezeichnen wird können. Aber auch andere Krankheiten wie Masern, Keuchhusten oder Influenza können mittels Impfungen gut eingedämmt werden.

Trotz dieser Erfolge ist die Durchimpfungsrate in Österreich zu gering, in manchen Bereichen ist sie sogar abnehmend, wie sich am Beispiel der Masern zeigt. Masern gelten noch immer bei vielen Menschen als harmlose Kinderkrankheit. Tatsächlich zählt die Infektion aber zu einer der infektiösesten Viruserkrankungen, eine von 1.000 Erkrankungen endet mit dem Tod. Europaweit gehört Österreich zu den Ländern, die die höchste Anzahl an Fällen pro 1.000 Einwohner hat - Tendenz steigend: die Zahl der Masernerkrankungen hat sich 2017 gegenüber 2016 verdreifacht (2016: 28; 2017:95 Masernfälle). Problematisch bei Krankheiten wie Masern und Keuchhusten ist neben der Erkrankung der einzelnen Person das hohe Ansteckungsrisiko für Menschen, die selbst nicht geimpft werden können, wie zum Beispiel Säuglinge, ungeimpfte Schwangere und Personen, die nicht geimpft werden können z.B. Personen mit angeborener oder erworbener Immunschwäche. Hier sind dringend Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen erforderlich.

Eine verpflichtende Impfberatung etwa bei der Kindergarten- und bei der Volksschuleinschreibung wäre in dem Zusammenhang ein wichtiger Beitrag, um die Durchimpfungsrate in Österreich zu erhöhen. Zudem müssen Schulärzte gestärkt und Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit Impfungen geklärt werden. Denn nicht mehr an allen Schulen wird durch den Schularzt geimpft, obwohl dieser an der wichtigen Schnittstelle

zwischen der Schule, den Eltern und dem Kind arbeitet. Schulärzte können nicht nur etwaige chronische Krankheiten oder Risiken der Schüler und Schülerinnen früh erkennen, sondern auch notwendige Schutzimpfungen vornehmen und damit eine Ausbreitung von Kinderkrankheiten in Schulen verhindern oder eindämmen. Grund dafür, dass weniger Schulärzte impfen, sind laut Medienberichten die bestehenden Rechtsunsicherheiten bei Impfschäden.